

sozialdemokratischer pressediens

9/XXVII/21

31. Januar 1972

Herbert Wehnert zweite Polenreise

Warschauerbesuch zur sachlich-richtigsten
Zeitpunkt

Seite 1 / 44 Zeilen

Nutzen für alle in der BRD

Baden-Württemberg-Wahl soll Regierungswahl sein
bringen

Von Horst Seefeld MdB

Seite 2 / 40 Zeilen

Konzentrierter Kampf gegen den Drogenmiß-
brauch

Eine neue wichtige Gemeinschaftsaufgabe der
EWG

Von Dr. Elisabeth Gorb SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 , 92 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 3-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 60 37 - 38
Telex: 828 848 / 829 847
556 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Herbert Wehners zweite Polenreise

Warschaubesuch zum sachlich-richtigen Zeitpunkt

Herbert Wehners zweite Polen-Reise erfolgt terminlich und sachlich zum richtigen Zeitpunkt. Er selbst hat seine Aufgaben mit den Worten "zuhören, erläutern und nach Berührungspunkten der Interessen suchen" umrissen. Deutlicher kann die Notwendigkeit dieser Fahrt nach Warschau kaum dargestellt werden, obwohl sie ganz sicher ein "normaler Vorgang" ist. Aber es besteht auch kein Zweifel daran, daß der Fortgang der Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses eines neuen kräftigen Impulses bedarf. Dieser Anstoß kann nach Lage der Dinge am ehesten von dem Spitzenparlamentarier der führenden Bonner Regierungspartei kommen, der mit der notwendigen Unbefangenheit eines Nicht-Regierungsmitglieds, aber mit der starken Autorität des Fraktionsvorsitzenden solche Fragen und Probleme, die der Klärung und der Bewegung bedürfen, zu klären sucht und in Bewegung zu setzen mithilft.

Herbert Wehner trifft bei seinem zweiten Warschau-Aufenthalt ein Polen an, das sich ruhiger und konsolidierter darstellt als das bei seinem ersten Polen-Flug gewesen sein konnte. Die Politiker, an ihrer Spitze vermutlich auch Edward Gierek, mit denen der Bonner SPD-Mann sprechen wird, haben die Erfahrungen ihres ersten Arbeitsjahres, des Parteitages und schließlich auch des Prager Warschaupakt-Gipfeltreffens hinter sich. Von dieser Plattform aus werden sie Herbert Wehner konkret vortragen können, was sie und was Polen aus der deutsch-polnischen Normalisierung früher erwartet haben, worin man enttäuscht ist und was man jetzt realistischerweise in Ansatz stellt. Der bundesdeutsche Sozialdemokrat wird seinerseits den Warschauer Kommunisten in seiner nüchternen Art zu sagen vermögen, womit Bonn und die Westdeutschen rechnen, wenn ihr Parlament den Ratifizierungsvorgang des Warschauer Vertrages abgeschlossen haben wird, der der tatsächliche Ausgangspunkt der deutsch-polnischen Normalisierung, Verständigung und später sicher auch Aussöhnung ist.

Die übrige Welt sieht dem Ablauf der Bonner Ratifizierungsgesetzgebung für das Moskauer und für das Warschauer Abkommen mit begreiflich großer Aufmerksamkeit zu. Der CDU-Vorsitzende Dr. Rainer Barzel hatte in Moskau und jetzt in Washington Gelegenheit genug, um sich von diesem herausragenden Interesse zu überzeugen, das Ost und West dem westdeutschen Bemühen widmet, mit voller Unterstützung der westlichen Alliierten und mit Zustimmung der übrigen Welt endlich die Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges zu überwinden und den Frieden in Mitteleuropa zu sichern. Man kann nur hoffen, daß es dem so kenntnisreichen gewordenen CDU-Spitzenpolitiker gelingt, seiner Partei das Gewicht dieses Weltanliegens klarzumachen. (ee/ee/31.1.1972/pgy)

+ + +

Nutzen für alle in der BRD

Baden-Württemberg-Wahl soll Regierungswechsel bringen

Von Horst Seefeld MdB

Baden-Württemberg wählt am 23. April einen neuen Landtag. Fast alle Verantwortlichen betonen, es handle sich dabei um keine Testwahl für die Ende 1973 anstehende Bundestagswahl. Trotzdem werden weite Teile der Auseinandersetzung im Südwesten Deutschlands - so zeichnet es sich drei Monate vor dem Wahltermin bereits ab - mit bundespolitischen Themen geführt.

Aus diesem Grunde ist es nur folgerichtig, daß der Platz der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg in den nächsten Wochen eng an der Seite von Walter Krause, dessen Regierungsmannschaft und jedes einzelnen Landtagskandidaten sein wird. Gäbe es unter Sozialdemokraten und unter ihren Mandatsträgern nicht sowieso eine selbstverständliche Solidarität, wäre der besondere Einsatz der Bundespolitiker zur Hilfestellung der Landespolitiker schon aus dem Gebaren der CDU/CSU-Opposition im Bundesrat abzuleiten.

Bei den Wahlen am 23. April muß der Versuch unternommen werden, die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat durch die Bildung einer sozialliberalen Koalition in Stuttgart zugunsten der Bundestagsmehrheit zu ändern. Das bedeutet u.a.:

Die Bundestagsopposition darf den Bundesrat nicht länger zur Verfälschung des Wählerwillens missbrauchen. Stücklein für Stücklein werden Reformvorhaben der Bundesregierung behindert, und im gl. Atemzug wird gefragt, warum es denn mit den Reformen nicht schneller vorangehe.

Durch klare Verhältnisse in Baden-Württemberg würde damit Schluß gemacht werden. Und auch diese CDU/CSU-Scheinheiligkeit wäre beendet.

Walter Krause hat es dieser Tage wieder klar betont: Baden-Württembergs CDU hängt im Schlepptau der Bonner Nein-Sager. Aus landespolitischen Erwägungen, und nur diese sollten im Bundesrat eine Rolle spielen, gäbe es kaum Gründe, bei Entscheidungen im Bundesrat gegen den Bundestag zu stimmen.

Der amtierende Stuttgarter CDU-Ministerpräsident Filbinger und seine christdemokratischen Minister handeln nach dem "Grundsatz": Wir sind dagegen - was wir tun wollen, wissen wir nicht - auf alle Fälle wollen wir die Macht!

Die Stimmung im deutschen Südwesten ist gut. Das Barometer zeigt ein Hoch für die Bonner Koalition. Ein Regierungswechsel in Stuttgart ist möglicher als das vor Monaten noch schien. Ein Regierungswechsel in Stuttgart hilft Bonn und nutzt jedermann in der Bundesrepublik.
(-/ex/31.1.1972/ks)

+ +

Konzentrierter Kampf gegen den Drogenmißbrauch

Eine neue wichtige Gemeinschaftsaufgabe der EWG

Von Dr. Elisabeth Orth SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Der Mißbrauch von Drogen ist nicht nur ein auf den europäischen Kontinent beschränktes, sondern ein weltweites Problem. Die Gründe für den ständig ansteigenden Drogenkonsum sind vielfältiger Natur und unter anderem Gegenstand der Untersuchungen von Medizinern, Soziologen, Psychiatern und anderen Wissenschaftlern. Aber ungeachtet der Ergebnisse dieser Untersuchungen sind die Verantwortlichen, sprich Politiker, aufgerufen, Maßnahmen zu treffen, die dieser Gefahr entgegenwirken und sie nach Möglichkeit eindämmen.

Durch die Freizügigkeit des Verkehrs, der es innerhalb der EWG ermöglicht, Waren von Sizilien bis nach Flensburg zu transportieren, ohne sie größeren Kontrollen auszusetzen, ist auch der Handel mit Drogen innerhalb der EWG wesentlich erleichtert. Deshalb kann der Kampf gegen den Drogenmißbrauch nicht mehr allein eine Aufgabe sein, mit der sich jeder Mitgliedstaat innerhalb seiner Grenzen auseinanderzusetzen hat, sondern dieses Problem muß gemeinschaftlich gelöst werden.

Das Europäische Parlament befaßt sich seit Jahren mit diesem Problem. Den Anstoß dazu hatte eine Anfrage des Abg. Georges Spénale namens der Sozialistischen Fraktion an die Kommission gegeben. 1970 hatte die Fraktion der Liberalen und Nahestehenden einen Entschließungsantrag über die Rauschgiftbekämpfung vorgelegt. Jetzt faßt das Europäische Parlament das Ergebnis seiner Beratungen in konkrete Vorschläge.

Es hat wenig Sinn, an den Erscheinungen herumzudoktern. Es muß an der Wurzel des Übels angesetzt werden, d.h. die Produktion muß unter Kontrolle gebracht werden. Hier müßten die Staaten eine gemeinsame Haltung hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern einnehmen, um die Produktion und den Anbau der Pflanzen, aus denen die natürlichen Drogen gewonnen werden, besser kontrollieren zu können. Das Drogenangebot muß auf den legalen Bedarf beschränkt werden. Das wird nicht ohne finanzielle Beteiligung der Verbraucherstaaten in den Erzeugerländern gehen, denn in den Gebieten, in denen bis jetzt Mohn oder Hanf zur Gewinnung von Opiaten illegal oder zumindest unkontrolliert angebaut wurden, müssen Ersatzkulturen eingeführt oder andere Möglichkeiten geschaffen werden, die den betroffenen Landwirten neue Einnahmequellen bieten. Die FAO ist bereit, sich an der Durchführung solcher Programme zur Umstellung des Anbaus zu beteiligen.

Die Kosten für solche Maßnahmen sollten von den Verbraucherstaaten aufgebracht werden können, weil sie bei weitem überstiegen werden von dem finanziellen Aufwand, den die Staaten auf allen Gebieten der Bekämpfung von Suchtgefahren und der Heilung bzw. Resozialisierung von Süchtigen aufzuwenden haben. Daß dieser Vorschlag keine Utopie ist, zeigt die Tatsache der Ankündigung der türkischen Regierung, die nach zehnjährigen Verhandlungen mit den

Vereinigten Staaten erfolgt ist, daß der Anbau von Mohn und die Produktion von Opium in der Türkei ab Herbst 1972 ausnahmslos verboten sein werden.

Es müßte versucht werden, mit den übrigen Erzeugerländern zu ähnlichen Vereinbarungen zu kommen. Allerdings kann hieraus nur eine begrenzte Wirkung entstehen, denn ein Teil der Rauschgifte sind rein chemischer Natur und werden in Labors hergestellt. Hier müßten Überlegungen angestellt werden, wie dabei wirksam eingegriffen werden kann.

Voraussetzung für eine Eindämmung des illegalen Handels muß sein, daß sich die Staaten über die Unterscheidung zwischen weniger schädlichen Substanzen und gefährlichen Stoffen einigen und gemeinsam die notwendigen Vorkehrungen treffen. Es darf nicht sein, daß in einem Staat Stoffe als nicht gesundheitsschädlich und nicht suchterregend angesehen und dort mehr oder weniger frei gehandelt werden können, die im Nachbarland streng verboten sind.

Bei den Händlern handelt es sich oft um gut organisierte Berufsverbrecher. Zu ihrer Bekämpfung bedarf es einer hochspezialisierten Polizei, die über eine moderne Ausrüstung verfügt und gemeinsam mit der Polizei anderer betroffener Länder internationale Aktionen startet. Händler und Produzenten müssen sehr streng bestraft werden. Diese Strafen sollten bestehen aus langjährigem Freiheitsentzug, zusätzlicher Geldstrafe entsprechend dem aus der illegalen Tätigkeit erzielten Gewinn, Kontrollmaßnahmen, Reisebeschränkungen und besondere Eintragungen in den Paß.

Die Süchtigen selber sollten als Kranke behandelt werden und nicht als Menschen, die gegen das Gesetz verstoßen haben. Für die Süchtigen müssten verstärkt Beratungsstellen eingerichtet werden, die ihnen bei den Bemühungen Unterstützung geben, vom Rauschgift loszukommen und sich in die Gesellschaft als vollwertiges Glied wieder zu resozialisieren. Die Staaten müssen Methoden zur Heilbehandlung, Wiederanpassung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft ausarbeiten. Dabei ist die Zusammenarbeit von Jugendlichen, Eltern und Lehrern und ehemaligen Drogenabhängigen zu fördern. Ein gegen den Drogenmißbrauch gerichtetes Informations- und Erziehungsprogramm für die Öffentlichkeit ist wichtig. Dabei sollten die Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen soweit wie möglich eingeschaltet, aber auch Schulen und Jugendclubs sollten hier einbezogen werden. Die Kampagnen müssen auf statistischen Daten basieren und nicht auf unwirksamen moralischen Erwägungen.

Im Augenblick gibt es bedauerlicherweise noch kein gemeinsames Programm der sechs Staaten der EWG zur Koordinierung der Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Rauschgiftsucht. Niemand verschließt die Augen vor den Gefahren, die aus dem Gebrauch von Rauschmitteln unserer Gesellschaft erwachsen. Es wird höchste Zeit, daß in der EWG gerade auf diesem Gebiet ein einheitliches Vorgehen geplant und verwirklicht wird, um wirkungsvoll das Übel an allen Fronten zu bekämpfen.
(-/ex/31.1.1972/ks)